

Griechenland

Eine leise aber mörderische Kriegsführung: die Zerstörung des Gesundheitsversorgung

Es gibt viele Möglichkeiten, Menschen zu töten – über die stillen Waffen von Schreibtischtätern.

Zur Schließung der Polikliniken in Griechenland:

Alle Politikkliniken in Griechenland sollten geschlossen werden (es gab vorige Woche eine sehr knappe Mehrheit im griechischen Parlament dafür), das heißt, dass die gesundheitliche Grundversorgung nur noch von zahlungskräftigen Menschen in Anspruch genommen werden kann.

Der Heise-Bericht (<http://www.heise.de/tp/artikel/41/41028/1.html>) zeigt auf, welche Auswirkungen die Zerstörung der Gesundheitsversorgung hat, er entspricht meinen Wahrnehmungen in Athen (kurze Reise wegen einem Alterssummit-Treffen) und den Gesprächen, die ich darüber führen konnte.

Der Spiegel-Bericht (<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/studie-sparkurs-hat-verheerende-folgen-fuer-gesundheit-der-griechen-a-954879.html>) weist auch auf einige krasse Auswirkungen der Kürzungen der Ausgaben im Gesundheitswesen hin, die Zahlen über die Menschen ohne Krankenversicherung sind aber noch viel höher (s. unten) und in der Spiegel-Manier wird nur auf die griechische Regierung „gedroschen“ - aber zur Verantwortung der Troika und insbesondere unserer deutschen Regierung wird nichts gesagt (dazu: Attac Österreich: 77% der griechischen Hilfgelder gingen an den Finanzsektor, <http://sandimgetriebe.attac.at/10596.html> und wiss. Beirat, <http://sandimgetriebe.attac.at/8859.html>)

Was man vielleicht noch mehr betonen soll, ist das Ziel dieser Maßnahmen: **Privatisierung** (*wird gesundheitlich versorgt nur der, der zahlen kann*), während es bisher, also seit 50 Jahren, ein - unzureichendes - System von 350 Polikliniken für die Grundversorgung gab. Die Wiedereröffnung nach einem Monat wird nur für 100 der 350 gelten; die Ärzte müssen sich bewerben und werden "getestet", es herrscht insgesamt aber eine große Unklarheit über die konkreten Pläne der Regierung.

Das gleiche Verfahren (Schließung) war im Juni 2013 gegenüber dem **staatlichen Fernsehen (ERT)** durchgeführt worden (<http://www.altersummit.eu/communiques/article/for-the-cradle-of-democracy-is-not>). Von 3000 entlassenen Beschäftigten sind jetzt 500 wieder eingestellt, das ERT-Programm soll miserabel sein. Von einer Reihe von Entlassenen wird ein alternatives Fernsehen auf die Beine gestellt, s. <http://www.ertopen.com/>.

Wir konnten vor einer Woche in Athen an einem Solidaritätskonzert teilnehmen und im Namen von Alterssummit eine Grußadresse richten.

Zurück zum Gesundheitswesen:

Es wurden auch staatliche Kliniken geschlossen, also müssen die Patienten jetzt zu Privatkrankenhäusern laufen - die teuer sind.

Sturm laufen nicht nur die Ärzte (die auch gespalten sind, nicht alle machen beim Streik mit) sondern die **Patienten**, es werden **Stadtteilkomitees** organisiert, um zu verhindern, dass diese Polikliniken geschlossen werden. Ich gehe davon aus, dass die Situation in den nächsten Tagen eskalieren wird, ich werde versuchen, weitere Informationen einzuholen.

Dann muss man wissen, dass von den 11 Millionen Griechen **offiziell 3 Millionen OHNE jegliche Krankenversicherung sind**: Ist versichert nur derjenige, der als Selbständiger sich selbst

versichert, oder einen Arbeitsvertrag hat bzw. Arbeitslosengeld bezieht (max 360 Euro 1 Jahr lang, danach NICHTS mehr für die meisten, denn staatliche Almosen bekommt man nur nach einer bürokratischen Spießroute und wenn man kein Wohneigentum hat - 70% der Griechen haben jedoch ein wie auch immer kleines Wohneigentum). Zu diesen 3 Millionen müssen weitere Menschen hinzugezählt werden, insbesondere bei den Selbständigen, die ihre Beiträge nicht mehr gezahlt haben, und daher auch nicht behandelt werden dürfen).

Darum ist eine der Forderungen der Stadtteilkomitees, dass alle Menschen (also auch die Migranten!) eine kostenlose Gesundheitsversorgung erhalten dürfen.

Frauen dürfen - auf dem Papier - abtreiben – aber das auch kostet jetzt Geld. Also?...

Wer arm ist, stirbt früher – das gilt unter den geschilderten Bedingungen besonders für Griechen. **Die solidarischen Kliniken**, die entstehen, sind ein Versuch zur Selbsthilfe. Die Menschen, die dort arbeiten, tun das ohne Bezahlung, aber die Miete und Geräte müssen bezahlt werden...

Ich habe eine besucht, sie besteht aus 2 Wohnungen, in der einen sind Zahnärzte („*Wir sehen Munde wie in den 50er Jahren*“), in der anderen eine Praxis für Allgemeinmedizin und eine Apotheke (zur kostenlosen Versorgung mit Medikamenten auf der Grundlage eines Rezeptes, denn in den normalen Apotheken muss man für die Medikamente bezahlen – selbst wenn man versichert ist). Mein Gespräch mit A. (zweimal in der Woche als Arzthelferin, dafür wird sie nicht bezahlt; sie selber ist arbeitslos und ohne Ressourcen) gestaltete sich ein wenig schwierig, da sie immer wieder auf Patienten eingehen mußte. Sie freut sich, dass zumindest ein Ultraschallgerät aus dem Erlös von Kunstwerken in Deutschland bezahlt werden konnte.

Diese solidarischen Kliniken können nur eine Grundversorgung gewährleisten, zum Glück werden sie von Ärzten in den Krankenhäusern unterstützt – aber das reicht überhaupt nicht aus (s. dazu den Bericht einer Ärztin aus Hamburg, weiter unten).

Eine **Vernetzung** der solidarischen Kliniken geschieht über <http://www.solidarity4all.gr>, die auch andere Netze betreuen (Gruppen gegen Zwangsräumung, für Bildung und künstlerische Erziehung, zur Nahrungsversorgung, Rechtsberatung).

Dazu wurde vor einem Jahr eine Broschüre herausgegeben, auch auf Deutsch:

<http://www.solidarity4all.gr/sites/www.solidarity4all.gr/files/deutsch.pdf>)

Zwei Grundsätze:

Mit den Menschen über die Ursachen ihrer Situation sprechen und Gegeninformationen betreiben; die Menschen dazu anspornen, sich selber zu organisieren und aktiv zu sein (auch in diesen Einrichtungen). *"Niemand muss in der Krise allein sein; alle müssen gegen die Krise etwas tun"*. Das hat nichts mit caritativen Tätigkeiten zu tun (ein Feld, wo übrigens die Rechstextremen versuchen zu punkten).

Persönliche Anmerkung: Wer einen leeren Magen hat, wer fürchterliche Zahnschmerzen hat, wer kein Dach über den Kopf hat, kann nicht so gut kämpfen. Wer alles mögliche anstellen muss, um das Geld für die Operation eines Angehörigen zusammenzukratzen, fällt für die nächsten politischen Aktionen weg.

Arm /reich

Arbeitslosigkeit: bei 28% offiziell, Frauen 33%, junge Leute 60%.

Die riesige Arbeitslosigkeit zwingt die Menschen dazu, alles mögliche im informellen Sektor auszuprobieren, so sahen wir eine Vielzahl von Kleinstverkaufsständen – oder ein Antiquariat, in dem ganze Bündel von Büchern bis zur Decke herumlagen, ...

Bettler sahen wir auch, die selbst im Schlaf die Hand offen halten.

Es gibt in Athen aber auch Viertel mit einem Luxusgeschäft nach dem anderen (und man kann die entsprechenden Kunden sehen), während in ärmeren Vierteln manche Läden anscheinend endgültig geschlossen wurden.

Gewerkschaften /soziale Kämpfe:

Wir konnten während unserem Alterssummit-treffen mehrere Vorträge von gewerkschaftsmitgliedern hören, die plötzlich dann weg mußten – zur nächsten Demo.

An einem Morgen besuchten wir die entlassenen Putzfrauen des Finanzministeriums, die jeden Morgen seit dem 18. September gegen ihre Entlassung vor dem Ministerium protestieren.

Im **Schulbereich** sollen die Ausgaben um 50% gegenüber 2009 reduziert werden. Dafür werden Schulen geschlossen, die Prüfungen in den Gymnasien werden verschärft (um manche SchülerInnen zur Aufgabe zu zwingen) , die Berufsschulen sollen verschwinden (Berufsausbildung in der Lehre), Manches Personal in den Schulen wurde schon entlassen; Lehrer wurden seit dem Sommer 2012 „suspendiert“, viele werden im März entlassen.

Dagegen richten sich die Kampfvorbereitungen der Lehrgewerkschaft. Ersetzt werden sie durch prekäre Arbeitskräfte, die im Monat 400-500 Euro erhalten (aber nur während der Schulzeit). Der Gewerkschaftsvertreter beschrieb die Schwierigkeiten bei der Mobilisierung: Angst, dass wenn man protestiert man dann umso mehr zu denjenigen gehört, die entlassen werden. Das Ausleseverfahren geschieht mittels „Evaluationen“, die also die einzelnen Kollegen in Konkurrenzsituation bringen.

Der Gewerkschaftsvertreter wies auch auf das Angstklima in den Schulen: Schüler werden von der Polizei ausgefragt (über ihre Eltern, über ihre Mitschüler, die an früheren Protestaktionen teilgenommen haben)

Der Monat März wird auch in diesem Bereich entscheidend, es wird ganz klar eine Solidaritätswelle aus Europa (insbesondere aus Deutschland) erwartet.

Auf dem Alterssummit-Treffen wurde vereinbart, europaweit auch zu der Bildungsfrage eine Solidaritätskampagne zu machen.

Rechtsextremismus /faschistische Bande

Die Infos dazu sind, glaube ich, bekannt(Hinweis: <http://sandimgetriebe.attac.at/10682.html>), aber man muss sich vorstellen, dass über die Überfälle und gar Morde hinaus einen allgemein psychischen Druck ausgeübt wird.

Für den **11.-13. April** sind große Mobilisierung geplant.

Liebe Leute, ich komme aus Griechenland zurück mit einer Hochachtung für die aktiven Menschen, die ich treffen durfte. Lassen wir sie nicht allein!

Viele Grüße Marie-Dominique , 22.2.2014

Weitere Infos:

1.

Hinweis auf das **europäische Netzwerk gegen Privatisierung und Kommerzialisierung von Gesundheit und sozialer Sicherung**,

(die Zerstörung des Gesundheitswesens geschieht nicht nur in Griechenland!!)

Manifest mit vielen Angaben über versch. Europäische Länder: http://www.sante-solidarite.be/sites/default/files/manifeste_du_reseau_europeen.pdf , eine deutsche Übersetzung kommt bald raus. Übrigens war ein attac Mitglied auf der Konferenz am 7.2. in Brüssel anwesend. (zu der Aktion am 7.2.: <http://www.sante-solidarite.be/activite/7-fevrier-2014-action-europeenne-et-conference-communique-de-presse>)

2.Über die **BILD-Hetze**, über **Syriza**: Artikel in SiG 108, http://www.attac.de/uploads/media/SiG_108.pdf, seiten 25-26)

3. Hinweis auf die schon alte aber nicht veraltete **Erklärung des wissenschaftlichen Beirats von attac Deutschland (2010)**, die eine Reihe von richtungsweisenden Forderungen enthält (um über den Widerstand gegen die neuen „Folterinstrumente“ - Streichung der Polikliniken – hinauszugehen): **Griechenland, das Diktat von IWF und EU und die deutsche Verantwortung**
<http://sandimgetriebe.attac.at/8859.html>

4. Weitere Infos:

<http://www.greekcrisis.fr> (FR), wenn man den Text nicht versteht: manche Fotos sprechen für sich. Die Reportagen zeigen bewegend die Zerstörungen der griechischen Gesellschaft.
<http://www.labournet.de/category/internationales/griechenland/> (DE)
<http://cadtm.org/Debt-of-the-Northern-countries.613?lang=en> (EN)
<http://sandimgetriebe.attac.at/10366.html> (Übersicht über SiG-Artikel der Jahre 2010-2012 zu Griechenland)

Aktivitäten ?

a) Offener Brief an den Präsidenten des Europaparlaments

Zu Beginn der griechischen Präsidentschaft der EU haben sich eine Reihe von Organisationen der „Initiative de solidarité avec la Grèce qui résiste“ (> <http://www.solidarity-greece.blogspot.be/>) angeschlossen und einen Brief **an Herrn Schulz**, den EP-Präsidenten, mitunterzeichnet, in dem **der politische und soziale Niedergang in Griechenland angeprangert** und das Parlament aufgefordert wird, diese Situation zu untersuchen. Auch **das europäische attac-Netzwerk** hat diesen Brief unterschrieben.

Dieser Brief an den Präsidenten Schulz ist am 21. Januar in 4 verschiedenen Sprachversionen veröffentlicht worden; er ist von mehreren Parlamentariern im LIBE-Ausschuss zitiert worden. Es ist wichtig, dass weitere Organisationen ihn unterzeichnen:

> <http://www.aedh.eu/Syndicats-et-ONG-demandent-au.html>

b) Vorschlag der Attac Gruppe zu Griechenland:

Tribunal gegen die Troika - am Beispiel Griechenland und der Zwangsräumungen in Spanien

Die Vorbereitungsgruppe für eine Bundes AG Griechenlandsolidarität möchte Attac vorschlagen, ein Tribunal gegen die Verelendungspolitik in den „Südländern“- am Beispiel Griechenland und der Zwangsräumungspolitik in Spanien - zu organisieren.

(sie haben einen Antrag für den Ratschlag formuliert, und wir werden sicher von ihnen weitere Aktionsmöglichkeiten erfahren)

c) Schuldenkonferenz: 10. April: in Brüssel auf Initiative von EL (Europäische Linke) und Transform organisierte Schuldenkonferenz.

Anhang, Brief einer Ärztin aus Hamburg

liebe Freundinnen und Freunde

>

> in Anschluss an die Gesundheit- Delegationsreise nach Griechenland bin ich erschüttert, dass wir solche Erfahrungen in einem Teil der europäischen _/Gemeinschaft (?)/_ gemacht haben:

> Die Auswirkung der Sparpolitik hat Formen angenommen, die ich so selbst nicht in Lateinamerika erlebt hatte.

- > Von den 10 Mio Griechinnen und Griechen sind 3 Mio. arbeitslos. Alle die mehr als 1 Jahr arbeitslos sind verlieren ihre Zugang zum öffentlichen Gesundheitssystem, und MigrantInnen darüber hinaus ihr Aufenthaltsrecht und auch alle Ansprüche an Gesundheitsversorgung.
- > Es wurden seit 2012 mehrere solidarische Praxen gegründet, die größte ist eine Art Gesundheitszentrum im ehemaligen Flughafen von Athen, Elleniko. In all diesen solidarischen Praxen arbeiten ÄrztInnen, Pflegekräfte und andere Berufsgruppen umsonst, neben ihrer sonstigen Arbeit und die Mensch, die dorthin kommen werden kostenfrei behandelt. Diese solidarischen Praxen sind offiziell illegal!
- > Gebühren für Rezepte und Behandlungen halten Menschen mit geringen Einkommen und Rente davon ab, trotz noch bestehenden Versicherungsschutz das offizielle Gesundheitssystem in Anspruch zu nehmen. Auch sie nehmen zunehmend solidarische Praxen in Anspruch.
- > In eine solche Einrichtung kam letzte Woche eine 35 jährige Frau, Mutter zweier kleiner Kinder mit einem metastasierten Brustkrebs, in der Hand ein 3 Jahre alter Röntgenbefund, der den Beginn der Erkrankung zeigte. Sie hatte kein Geld sich zu behandeln lassen....
- > In öffentlichen Geburtskliniken wurden, in 2 bisher bekannten Fällen, Frauen, die die Rechnung nicht zahlen konnten ihre Neugeborenen weggenommen, mit der Auflage sie bekämen ihr Kinder erst, wenn die Rechnung der Geburtskosten bezahlt worden sei. In diesen beiden Fällen konnte öffentlicher Protest diese Absicht der Klinik verhindern.
- > MigrantInnen zahlen für alle Leistungen im Gesundheitssystem den doppelten Preis, auch für Geburten. Diese Tatsache wurde uns von offiziellen Mitarbeitern von Krankenhäusern berichtet als sei es eine Normalität, dass MigrantInnen das Zweifache zahlen.
- > Die Situation für all diese Menschen, die aus ihren Heimatländern flüchten und versuchen in der EU ein besseres Leben zu finden ist in Griechenland besonders unmenschlich.
- > Wir besuchten mit den MitarbeiterInnen der solidarischen Praxis Piräus eine Polizeistation, in der Flüchtlinge 18 Monate eingesperrt werden. Eine Beton-Halle mit 14 Gitterzellen ohne Tageslicht. Viele Einrichtung für Tiere in Deutschland sind in einem besseren Zustand. Diese Mensch haben keinen Zugang zu AnwältInnen oder medizinischer Versorgung.
- > Laut Gesetz dürfen Flüchtlinge nicht in Polizeistationen verhaftet werden, sondern müssten in den eigens eingerichteten Lagern untergebracht werden. Diese sind aber hoffnungslos überfüllt und uns wurde berichtet dort sei die Situation noch deutlich schlechter als in der von uns besuchten Polizeistation, was meine persönliche Vorstellungskraft übersteigt. Unter den Gefangenen war ein Mann aus Syrien, der eigentlich zzt Recht auf Asyl in der EU hat. Ein Anderer arbeitete 14 Jahre in Griechenland, wurde arbeitslos verlor dadurch seine Papier und wie alle Ausländer ohne Papier wurde auch er alleindeshalb eingesperrt.
- > Griechenland, wie Italien und Spanien haben aufgrund seiner geographischen Lage viele Flüchtlinge und die EU sorgt mit dem Vertrag Dublin 2 dafür, dass sie nicht weiter nach Norden kommen. Die Reportage von Panorama, die zum Zeitpunkt unsere Reise ausgestrahlt wurde verstärkt diesen Eindruck.
- > Während IWF, EU und internationaler Währungsfond den Griechen Sparauflagen im Gesundheitssystem diktieren (gestern sind erneut 5 000 Beschäftigte des öffentlichen ambulanten Gesundheits-Sektors entlassen worden), liegt Frau Lagarde (IWF) einer Liste von wohlhabenden griechischen Steuerschuldnern vor, die sie nicht veröffentlicht!
- > Von einer gemeinschaftlichen Solidarität der EU ist nichts zu spüren und die Situation für die Menschen in Griechenland wird zunehmend schlechter.
- > Es macht mich wütend zu sehen, dass ein Land unter Mitwirkung der Regierung des Landes, in dem ich lebe, diese Bedingungen mit verursacht. Sicher kann mit Geld und Sachspenden den solidarischen Einrichtung geholfen werden. Aber wir können auch mit unseren Stimmen zu Änderung dieser Politik beitragen, das wünschen sich auch viele der Menschen, die wir trafen und in den solidarischen Praxen arbeiten.
- > Empörte Grüsse
- > A.